

Zwangsarbeit als Mittel der Überwachung

Hunderttausende Uigur*innen müssen Zwangsarbeit leisten. Auf Baumwollfeldern, in Stahl- und Aluminiumwerken oder der Solarindustrie werden sie von chinesischen Unternehmen gegen ihren Willen eingesetzt. Die Regierung will mit dem Zwangsarbeiter*innen-Programm die Überwachung der Uigur*innen sicherstellen. Im Vergleich zu anderen Teilen Chinas locken niedrigere Umweltauflagen immer mehr Industriezweige nach Ostturkestan. Ausländische Unternehmen wie Volkswagen weigern sich bis jetzt, trotz der zahlreichen Belege für die systematischen Verbrechen des chinesischen Staates, die Region zu verlassen, obwohl sie nicht sicherstellen können, dass ihre Produkte ohne Zwangsarbeit hergestellt wurden.

Aktion der GfbV mit Uigur*innen vor VW in Wolfsburg



Demonstration der GfbV mit Partner*innen einen Monat vor Beginn der Olympischen Winterspiele in China, 04.01.2022

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024 • D-37010 Göttingen • Tel.: 0551 49906-0

E-Mail: info@gfbv.de • www.gfbv.de



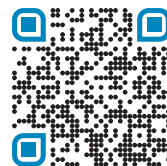
@bedrohteVoelker



@bedrohteVoelker

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat

SCANNEN & SPENDEN!



Geprüft + Empfohlen!

Ostturkestan

Völkermord an Uigur*innen



Stand: Juli 2023. Text: Hanno Schedler, Layout: Tanja Wiczorek, Fotos: Hanno Schedler, Titelbild: Qelbinur Sidik, Überlebende der Lager



Gesellschaft für bedrohte Völker



Die chinesische Regierung unterdrückt seit der Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949 die uigurische Bevölkerung in Ostturkestan im Nordwesten Chinas. In dieser Region, die von den Chines*innen „Xinjiang“ (dt. Neue Gebiete) genannt wird, ist diese Unterdrückung so sehr eskaliert, dass sie seit 2016/2017 Züge eines Völkermords angenommen hat. Mit der Internierung Hunderttausender Uigur*innen in Umerziehungslagern, extrem langen Haftstrafen, Zwangsarbeit, Familientrennungen und Zwangssterilisierungen von Frauen sowie der Zerstörung der uigurischen Kultur und Sprache will die chinesische Regierung die Anzahl der Uigur*innen und Angehörigen anderer muslimischer Turkvölker wie den Kasach*innen und Kirgis*innen dauerhaft reduzieren. Derzeit leben noch ungefähr 11 Millionen Uigur*innen in Ostturkestan.

„Sinisierung“ des Islam

Wie im buddhistischen Tibet will die chinesische Regierung auch in Ostturkestan die lokale Religion, den sunnitischen Islam, stärker kontrollieren. „Sinisierung“ bedeutet für die Menschen in Ostturkestan



Gulbahar Haitiwaji, eine Überlebende der Lager, berichtete auf einer GfbV-Veranstaltung beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf über die Verbrechen der chinesischen Regierung.

de facto die Zerstörung tausender Moscheen, Koranschulen und anderer religiöser Stätten. Auch vor Friedhöfen machen die Behörden nicht halt: Sie werden zerstört und in Parkplätze oder sogar Kinderspielplätze umgewandelt. Viele Imame wurden in Umerziehungslager oder Gefängnisse gesteckt. Unter Partei- und Staatschef Xi Jinping hat sich endgültig eine Sichtweise durchgesetzt, die Religion als „Virus“ ansieht, den man der Bevölkerung austreiben müsse.

Uigurische Sprache und Kultur werden zurückgedrängt

Die uigurische Sprache ist dem Türkischen näher als dem hochchinesischen Mandarin. Obwohl die chinesische Verfassung vorsieht, dass Nationalitäten wie die Uigur*innen ihre eigene Sprache sprechen

und pflegen dürfen, wird Uigurisch in Schulen und Kindergärten immer seltener gelehrt. Uigurische Autor*innen werden gezielt verfolgt. Die chinesische Regierung spricht zwar vom Ziel der Zweisprachigkeit (Uigurisch und Mandarin), sorgt aber dafür, dass die Turkvölker Ostturkestans mittelfristig nur noch Mandarin sprechen.

Familientrennungen und staatliche Internate

Kinder, deren Eltern in Umerziehungslager oder Gefängnisse gesperrt wurden, werden in staatliche Internate gesteckt und dort von ihrer eigenen Kultur und Sprache entfremdet, indem sie mit den Glaubenssätzen der Kommunistischen Partei indoktriniert werden. Auf Videos ist zu sehen, wie Kinder Sätze wie „Ich möchte Mitglied der Chinesischen Volksbefreiungsarmee sein“ in die Kamera sprechen. Im Jahr 2019 waren mindestens 880.000 Kinder in den Internaten. Eine aktuelle Zahl existiert nicht. Die willkürliche Trennung der Generationen traumatisiert die Kinder, aber auch ihre Eltern und Großeltern.

China nutzt Ostturkestan für Atomtests

Zwischen 1964 und 1996 testete die chinesische Regierung in Ostturkestan insgesamt 45 Atom- und Wasserstoffbomben. Die lokale Bevölkerung wurde nicht konsultiert. Die Krebsrate in Ostturkestan liegt mindestens 30 Prozent höher als im Rest Chinas. Proteste von Uigur*innen gegen die Tests wurden niedergeschlagen. Eine japanische Zeitung berichtete zudem im August 2022, dass die chinesische Regierung einen neuen Tunnel für Untergrundtests baut.